



Welt am Sonntag, 09.06.2019, Nr. 23, S. 2 / Ressort: POLITIK

Rubrik: POLITIK

Alles auf eine Farbe

Stellen die den nächsten Kanzler, sind sie die neue Volkspartei, definieren sie die Staatsräson? Die Deutschen setzen auf Grün wie noch nie. Und erkennen damit an, dass die Partei faktisch das Land schon immer mitregiert hat

Ansgar Graw

Wenn Amerika an irgendeiner Stelle links und grün ist, dann in seinen Bildungstempeln, und die Eliteuniversität Harvard ist ihr wichtigster Hochaltar. Es war in Harvard, wo unlängst das Loblied auf die Erfolge einer grünen deutschen Agenda gesungen wurde: auf eine migrantenfreundliche Politik der offenen Grenzen, auf die Förderung der erneuerbaren **Energie**, der umweltschützenden Nachhaltigkeit, des Ausstiegs aus der Kernkraft, der Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Ehe.

Die Lobrede war schön, die solchermassen Geehrte freute sich erkennbar, und eigentlich gibt es nur zwei Mängel: Angela Merkel, die von Margaret Wang, der Präsidentin des Verbandes der Harvard-Alumni, als eine der "in unserer Zeit weltweit am meisten geachteten politischen Persönlichkeiten" beschrieben wurde, ist keine Grüne. Merkel ist eine Christdemokratin, und obwohl die aufgezählten Erfolge in ihre Amtszeit fallen, stammen sie allesamt aus den Programmheften der Grünen.

Die Partei der Umweltschützer rangierte vergangene Woche erstmals in Umfragen, darunter dem Deutschlandtrend von Infratest Dimap für WELT und ARD, auf Platz eins - nicht nur vor den abgeschlagenen Sozialdemokraten, sondern nun auch vor der Union. Und Grünen-Chef Robert Habeck klettert, ebenfalls eine Premiere, im ZDF-Politbarometer in der Tabelle der wichtigsten Politiker an die Spitze, mit knappem Vorsprung vor der Kanzlerin.

Habeck, unser nächster Kanzler? Die Grünen, unsere neue Volkspartei? Der Klimaschutz, unsere alleinige Staatsräson? Während die wieder einmal führungslose SPD auf einer Flughöhe mit der AfD taumelt und der neuen CDU-Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer vom Wähler die Kanzlerfähigkeit abgesprochen wird, produziert die Ökopartei ausschließlich Erfolgsmeldungen. Reichten 8,9 Prozent bei der Bundestagswahl 2017 nur zur Bildung der kleinsten Fraktion, holten die Grünen 2018 bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen Silber. Das Kunststück wiederholten sie vorigen Monat bei der Europawahl erstmals auf bundesweitem Terrain. Bei der Bürgerschaftswahl in Bremen langte es nur zu Bronze, aber in der Hansestadt kommt es nach aktuellem Stand zur ersten rot-grün-roten Koalition im Westen.

Auf Bundesebene wäre Grün-Rot-Rot wahrscheinlicher - und nach dem aktuellen Trend machbar. Der Parteilinke Jürgen Trittin (Grüne), einst Umweltminister in Gerhard Schröders (SPD) rot-grüner Koalition, wirbt für ein solches Lager. "Bei der Frage, ob es eine soziale Verantwortung für die Gemeinschaft gibt, sind sich Grüne, SPD und Linke viel näher als Grüne und CDU, Grüne und CSU oder gar Grüne und FDP", sagte Trittin dem "Spiegel". Nebenbei verteidigte er die Enteignungsideen des SPD-Linken Kevin Kühnert: Es solle "ein Tabubruch sein, wenn man enteignet, um Wohnraum zu erhalten? Ich bitte Sie!"

Wie realistisch ein Szenario ist, in dem Habeck mit einer Linksallianz ein grünes Kanzleramt bezieht, hatte diese Zeitung bereits am 19. Mai analysiert. Seitdem brachte der "Stern" bereits zweimal den Grünen-Chef aufs Cover, "Zeit" titelte "Ist Grün jetzt die Hoffnung?" und die Talkshows kennen kaum noch ein anderes Thema. Die Ironie dabei, die durch die Harvard-Hymne auf Merkel deutlich wird: Die Republik tickt längst grün - obwohl die grüne Partei ganze sieben Jahren im Bund mitregierte und seit 14 Jahren wieder in der Opposition sitzt.

Und trotzdem beschlossen Union und SPD in der gegenwärtigen großen Koalition den Kohlekompromiss, der den Kohleausstieg bis 2038 vorsieht - die Grünen bedankten sich mit der weitergehenden Forderung, bis 2050 auch den Hahn für Erdgas endgültig abzustellen.

Ähnlich war es bei der Kernkraft: Zwar hatte die rot-grüne Bundesregierung bereits im Jahr 2000 auf maßgebliches Betreiben von Trittin den Atomausstieg beschlossen. Wegen Restlaufzeiten wäre der letzte Reaktor wohl 2021 vom Netz gegangen. Doch Merkel, die ab 2005 zunächst mit der SPD regiert hatte, verlängerte 2010, inzwischen mit der FDP als Juniorpartner, getreu einem CDU-Wahlkampfversprechen die Laufzeiten um durchschnittlich zwölf Jahre. Demnach wäre der letzte Meiler nicht vor 2036 vom Netz gegangen.

Doch 2011 schlug die Kanzlerin abermals einen Haken und ließ nach der Tsunami-Katastrophe in Japan, die über 16.000 Todesopfer forderte, unter dem Stichwort "**Energiewende**" den endgültigen Atomausstieg besiegeln, diesmal bis 2022. So lautete seit den 70er-Jahren die zentrale Forderung der Grünen, aber Beifall gab es nun auch in bürgerlichen Milieus. Dass die Opfer in Japan fast ausschließlich auf das Erdbeben zurückzuführen sind, während die dadurch ebenfalls erzeugte Havarie von fünf Reaktorblöcken in Fukushima zu bislang nur einem offiziell bestätigten Toten führte, interessierte in der weitgehend auf Deutschland beschränkten Hysterie kaum.

Auch die Forderung nach offenen Grenzen war eine Idee grüner und linker Politiker. Lange Zeit stand die Union als letzte Bastion dagegen. "Der Ansatz für Multikulti ist gescheitert, absolut gescheitert!", befand Merkel noch im Oktober 2010 auf dem Deutschlandtag der Jungen Union. Als die Kanzlerin dann im September 2015 angesichts Tausender gen Deutschland strömender Flüchtlinge die Grenzen offen hielt, bekam sie zunächst Beifall von vielen Seiten - und wenig später politische Quittungen in Form des Aufstiegs der AfD in Deutschland und des Ausstiegs der Briten aus der EU. Inzwischen rechnen vor allem noch die Grünen der CDU-Politikerin diese Entscheidung positiv an.

Schließlich die Ehe für alle: Die Grünen forderten sie seit ihrer ersten Legislaturperiode im Bundestag, 1983. Die Union war dagegen, der Zeitgeist dafür, darum signalisierte Merkel Tage vor der Bundestagsabstimmung im Juni 2017, dies solle eine "Gewissensentscheidung" sein, frei vom (offiziösen) Fraktionszwang. Die Kanzlerin votierte denn auch, die Kernwählerschaft der Union fest im Blick, mit der roten Stimmkarte dagegen. Aber der grünen Laufkundschaft bis im fernen Harvard wurde der Eindruck vermittelt, Merkel habe die gleichgeschlechtliche Ehe durchgesetzt.

Ein mäandernder, gelegentlich von Immigrationswellen oder anderen Störungen irritierter, im Zweifel aber zuverlässig nach links strebender Zeitgeist sorgt seit Jahren dafür, dass die Grünen Deutschland faktisch mitregieren. Ihre Forderungen stoßen auf das wohlwollende Interesse sympathisierender Journalisten und anderer Meinungsmacher. Zuletzt trieben die jugendlichen Fridays-for-Future-Demonstranten und YouTuber mit Wahlaufufen insbesondere gegen die Union (und auch gegen die SPD) die grüne Agenda voran. Anders als bei der Bundestagswahl, wo das Thema unter "ferner liefen" rangierte, gilt heute der Komplex Umwelt/**Energiewende**, ausbuchstabiert als Klimakrise, als das wichtigste politische Problem in Deutschland.

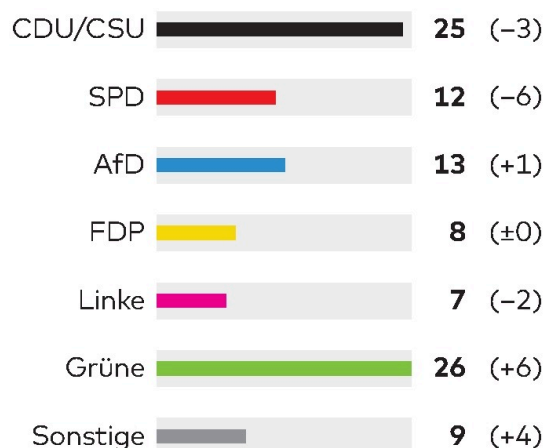
Deutschland ist längst grün. Eine Überdosierung droht jedoch, wenn **erneuerbare Energien** nicht das zu ersetzen vermögen, was durch den unter Merkel propagierten und teilweise umgesetzten Ausstieg aus fossilen **Energien** wegfällt. Oder wenn aus der Zuwanderung resultierende Probleme die gesellschaftliche Spaltung vertiefen.

Ob das grüne Deutschland einen grünen Kanzler bekommt, hängt davon ab, wie viel Zuspruch die Partei bei schlechteren Wirtschaftsdaten verliert. Im Deutschlandtrend wird auch erfragt, welche Partei "die besten Antworten auf die Fragen der Zukunft" habe. Die Grünen legen dabei um zehn Punkte auf 27 Prozent zu, die Union verliert sechs Punkte und liegt mit zwölf Prozent nur noch auf Platz zwei. Aber fast jeder zweite Deutsche (45 Prozent) traut keiner Partei die Problemlösungskompetenz zu. Grün ist die Farbe der Saison. Aber nicht jeder mag sie tragen.

Ansgar Graw

Sonntagsfrage zur Bundestagswahl

Angaben in Prozent, Veränderungen zum Vormonat in Prozentpunkten



Quelle: Infratest Dimap

Quelle:	Welt am Sonntag, 09.06.2019, Nr. 23, S. 2
Ressort:	POLITIK
Rubrik:	POLITIK
Dokumentnummer:	164322569

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/WAMS_8fcab298370e3460da6e9558bf97718e8af42266

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH

